



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

21.01.2021  
HHA

### Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Kürzung der Leistungen für nicht bleibeberechtigte Personen**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 52  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung von Integrationsmaßnahmen

**Veränderung**

**von                      um                      auf**

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	27.187,5	-3.616,8	23.570,7
<b>Eigene Erlöse</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Produktabgeltung</b>	27.187,5	-3.616,8	23.570,7

**Verpflichtungsermächtigungen:**

**Beträge in EUR**

<b>Verpflichtungsermächtigungen zu Titel</b>	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
Verpflichtungsermächtigungen 2022	2.350.000	0	2.350.000
Verpflichtungsermächtigungen 2023	5.650.000	0	5.650.000
Verpflichtungsermächtigungen 2024	5.650.000	0	5.650.000
Verpflichtungsermächtigungen 2025	5.650.000	0	5.650.000
Gesamtverpflichtung	19.300.000	0	19.300.000

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Gemäß der Übersicht auf Seite 12 des Einzelplans sind innerhalb des Förderprodukts ca. 6 Mio. Euro für zusätzliche Deutschkurse und für Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen vorgesehen. Begünstigte dieser Kostenposition sind demnach größtenteils Personen, die über kein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland verfügen. Der Mittelansatz ist auf den Anteil der bleibeberechtigten Personen zu reduzieren.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**